



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

Sonderausgabe Nr. 9

August / September 2005

BUNDESTAGSWAHL 2005

AUFRUF

- 2 Brief von Martin Dörmann zur Bundestagswahl

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MDB

- 4 Biografische Daten
- 4 Rechenschaftsbericht 2002-2005

VERANSTALTUNGEN IM WAHLKREIS

- 5 Mit Peter Struck am 22. August
- 5 Mit Peer Steinbrück am 25. August
- 6 Mit Prof. Karl Lauterbach am 29. August

KÖLN

- 6 Das Kandidatenteam der KölnSPD
- 6 Franz Müntefering besuchte Seniorenzentrum



Wahlkampfspendenkonto

SPD-Unterbezirk Köln
Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto-Nr. 42 42 053
Stichwort:
Wahlkampfspende WK 94 Dörmann

SPD-WAHLPROGRAMM

- 7 Schwerpunkte des Wahlmanifestes



ARGUMENTE

- 8 Klare Unterschiede: Zehn Gründe für die SPD und gegen die CDU
- 9 Zum Wahlprogramm der Union
- 10 Blockadebilanz der Union
- 11 Union plant Mehrwertsteuererhöhung
- 12 Zum Wahlprogramm der FDP
- 14 Zum SPD-Modell der Bürgerversicherung
- 15 Zukunft der Familie – ohne die Union
- 16 Rot-Grün hat Energiewende eingeleitet
- 17 Positive Bilanz der SPD-Ministerinnen

BÜROS UND IMPRESSUM

- 18 Anschriften der Büros in Köln und Berlin, Impressum

Homepageausgabe · Redaktionsschluss: 12.8.2005

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

Homepage: www.martin-doermann.de



Martin Dörmann, MdB

An die Bürgerinnen und Bürger
im Bundestagswahlkreis Köln I
Porz, Kalk, nördliche Innenstadt



Liebe Kölnerinnen, liebe Kölner,

bei der Bundestagswahl am 18. September ...

... geht es um eine Richtungsentscheidung für unser Land. Kann die soziale Marktwirtschaft erhalten werden? Bleibt Deutschland eine berechenbare Friedensmacht, die sich mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler standfest gegen die Teilnahme am Irak-Krieg ausgesprochen hat?

Gibt es ein zurück zur Atomenergie oder bleiben wir Vorreiter für eine umweltgerechte Energiepolitik? Niemand kann behaupten, es gäbe bei dieser Wahl keine klaren Alternativen.

Merkel und Westerwelle setzen einseitig auf die freien Marktkräfte!

Union und FDP stehen für eine Politik ohne soziale Balance, wollen Arbeitnehmerrechte einschränken und hohe Einkommen zum Nachteil der kleinen Leute entlasten, etwa mit der Kopfpause der Union. Für die Lösung der Probleme haben sie kein tragfähiges Konzept. Prüfen Sie selbst: Erkennen Sie eines? Das Aushöhlen des Kündigungsschutzes schafft doch insgesamt keine neuen Arbeitsplätze, wie internationale Studien belegen. Und die vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer ist Gift für die Binnenkonjunktur. Dieser Weg ist falsch.

Die SPD will eine sozial gerechte Politik für alle Generationen!

Wir wollen notwendige Reformen anpacken und mit sozialem Augenmaß umsetzen, um Wohlstand zu sichern und die Grundlagen des Sozialstaates zu erhalten.

Wir wollen beispielsweise, dass mit der Bürgerversicherung auch Gutverdienende, Beamte und Selbständige in die solidarische Pflicht genommen werden - weil das sozial gerecht und ökonomisch vernünftig ist. Und wir wollen auch weiterhin mehr Geld in Forschung und Bildung investieren - weil nur das langfristig die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes sichert.

Trotz aller noch bestehender Probleme: Es wurde viel erreicht!

Wir wissen: Es sind noch längst nicht alle Probleme beseitigt, die uns nach 16 Jahren Kohl hinterlassen wurden, insbesondere eine hohe Arbeitslosigkeit. Aber wir haben den Reformstau aufgelöst. In den letzten sieben Jahren haben wir Deutschland trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten nachhaltig modernisiert. Das wird über kurz oder lang auch am Arbeitsmarkt Früchte tragen.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Wir haben:

- die Steuern für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich gesenkt und Familien entlastet,
- die Alterssicherung auf eine festere Grundlage gestellt,
- die Lohnnebenkosten stabil gehalten und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt, so dass Deutschland Exportweltmeister ist,
- eine grundlegende Reform des Arbeitsmarktes in Angriff genommen sowie
- die Betreuungsmöglichkeiten erweitert und Ganztagschulen gefördert.

In der Außen- und Europapolitik ist Deutschland ein verlässlicher und angesehener Partner.

Das alles darf nicht gefährdet werden.

Es geht auch um Köln! – Es ist Ihr Wahlkreis!

Die Auswirkungen politischer Entscheidungen in Berlin spüren wir auch in Köln ganz konkret. Deshalb kommt es auf eine gute Vertretung im Bundestag an. So habe ich mich beispielsweise erfolgreich dafür eingesetzt, die von der SPD geschaffenen Fördermöglichkeiten des Bundesprogramms "Soziale Stadt" fortzusetzen, von denen gerade einige Stadtteile unseres Wahlkreises mit Millionenbeträgen profitieren.

Nur mit Ihrer Erststimme für mich zieht ein zusätzlicher Kölner in den Bundestag!

Sie haben bei der Bundestagswahl zwei Stimmen.

Mit ihrer *Erststimme* entscheiden Sie über den direkt gewählten Abgeordneten vor Ort. Alle Kandidatinnen und Kandidaten der anderen Parteien setzen in unserem Wahlkreis auf ihre Wahl über die Landesliste, brauchen also Ihre Erststimme nicht. Ich trete an, um den Wahlkreis wie vor drei Jahren wieder direkt zu gewinnen. Nur wenn dies gelingt, wird ein *zusätzlicher* Kölner Abgeordneter in den Bundestag einziehen.


Um meine Arbeit für Köln und seine Menschen fortsetzen zu können, bin ich auf Ihre Unterstützung angewiesen. Deshalb bitte ich Sie: Gehen Sie zur Wahl und geben Sie mir Ihre *Erststimme*.

Mit Ihrer *Zweitstimme* können Sie Gerhard Schröder unterstützen und die SPD im Bundestag stark machen.

Ich freue mich darauf, mit Ihnen im Wahlkampf und darüber hinaus ins Gespräch zu kommen.

Herzlichst

Ihr



Martin Dörmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Kandidat für den Bundestagswahlkreis
Porz, Kalk, nördliche Innenstadt

Wahlkampfspendenkonto

SPD-Unterbezirk Köln
Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto-Nr. 42 42 053
Stichwort:
Wahlkampfspende WK 94 Dörmann

Biographische Daten

Martin Dörmann

SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

Stellvertretender Vorsitzender der Kölner SPD

Beruf vor der Mandatstätigkeit: Rechtsanwalt

Kurzbiographie

Geboren am 30. Juni 1962 in Her-ten/Westfalen. Seit 1966 in Köln lebend.

Ausbildung und Beruf

Abitur 1981 am Gymnasium Köln- Rodenkir-chen. 1981-1982 Zivildienst bei der Arbeiter-wohlfahrt Köln. Studium der Rechtswissen-schaften in Köln und Bonn.

1992-1998 Abgeordnetenmitarbeiter bzw. Wis-senschaftlicher Mitarbeiter bei den Bundes-tagsabgeordneten Walter Rempe, Renate Schmidt und Anke Fuchs.

1997-1999 Rechtsreferendar am Landgericht Köln. 1999-2003 Tätigkeit als Rechtsanwalt in Köln.

Politische Arbeit

Mitglied der SPD seit 1979.

1983-2001 Vorstandsmitglied im SPD-Orts-verein Rondorf/Sürth/ Meschenich. 1989-1994

Mitglied der Bezirksvertretung Rodenkirchen. 1995-1997 Vorsitzender des SPD-Stadtbezirks Rodenkirchen. 1995-2001 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Rondorf/Sürth/ Meschenich.

Seit 1995 im Unterbezirksvorstand der Köln SPD. Seit 1997 stellv. Vorsitzender der Köln SPD. Seit 1999 Delegierter zum SPD-Bundesparteitag. Mitglied der Antragskommis-sion bei den Bundesparteitagen 1999 und 2001.

Bundestagsabgeordneter seit Oktober 2002. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union. Mitglied im Verteidi-gungsausschuss (seit Mai 2005, zuvor Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernäh-rung und Landwirtschaft). Stellv. Mitglied im Innenausschuss.

Mitglied im Vorstand der SPD-Landesgruppe NRW. Sprecher des Gesprächskreises Verbraucherpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Rechenschaftsbericht 2002-2005

Auf der Startseite der Homepage www.martin-doermann.de ist der **Rechen-schaftsbericht 2002 – 2005** abrufbar. Er gibt einen Überblick über die Arbeit von Martin Dörmann als Bundestagsabgeordneter in der bisherigen 15. Wahlperiode. Inhalt:

- Seite 2: Vorwort, Inhalt, Impressum
- Seite 3: **Teil 1: Die Arbeit im Wahlkreis**; Wahlkreiszeitung Berlin Depesche
- Seite 4: Veranstaltungen; Sommerreisen und andere Wahlkreisaktivitäten
- Seite 6: 3 Büros im Wahlkreis; Kölner Mitarbeiterteam; Jahrbücher; Infobroschüre
- Seite 7: **Teil 2: Die Arbeit in Berlin**; Ausschussarbeit und Funktionen
- Seite 8: Publikationen, Mitarbeiterteam im Berliner Büro
- Seite 9: Homepage, Büroanschriften
- Seite 10: Bestellformular Berlin Depesche



„Deutschland erneuern – die neue Bundeswehr in internationaler Verantwortung“

Montag, 22. August 2005, 18:30 bis 20:00 Uhr

KOMED im MediaPark 6 (Literaturhaus), Raum 1-3, 1. OG, Köln-Innenstadt

Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion mit den drei Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

18:30 Uhr Begrüßung und Einführung ins Thema:

Martin Dörmann, MdB

18:40 Uhr Referat:

Deutschland erneuern – die neue Bundeswehr in internationaler Verantwortung

Dr. Peter Struck, MdB

Bundesminister der Verteidigung

Anschließend Diskussion



Peter Struck

„Jung sein 2005 – Welche Perspektiven haben junge Leute heute?“

Donnerstag, 25. August 2005, 18:00 bis 20:00 Uhr

Jugendherberge Köln-Deutz, Raum Barcelona, Siegesstraße 5, Köln-Deutz

Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion mit den drei Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

18:00 Begrüßung und Einführung

Martin Dörmann, MdB

Talk mit **Peer Steinbrück, MdL**

Ministerpräsident a.D.

Jung sein 2005 – Welche Perspektiven haben junge Leute heute?

Diskussion



Peer Steinbrück

Ein vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Politik im Deutschen Bundestag ist die Sicherung der Chancen für alle Generationen, gerade auch der Jugend. Wir wollen jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich ihr eigenes Leben selbstbestimmt aufzubauen: in der Familie, im Beruf und in der Gesellschaft.

Die Bundesregierung und die SPD-Bundesfraktion wollen gemeinsam den Wandel mit der jungen Generation gestalten. Nur so können wir unsere Gesellschaft zukunftsfähig machen. Junge Menschen müssen in ihrer Entfaltung gefördert und in ihrer Lebensplanung unterstützt werden.

Dazu gehören demokratische Teilhabe-Möglichkeiten ebenso wie eine Politik, die für Bildung, Ausbildung und soziale Sicherung nachhaltige

Rahmenbedingungen schafft und Chancengerechtigkeit erst ermöglicht. Deshalb setzt die SPD Bundestagsfraktion auf mehr Investitionen in Bildung, die Gebührenfreiheit des Studiums und den Umbau der sozialen Sicherungssysteme, um diese zukunftsfest zu machen.

Wie steht es um die Perspektiven für die Jugend 2005? Dieser Frage wollen wir in einem Talk mit Peer Steinbrück nachgehen.

Die Veranstaltung richtet sich vorrangig an junge Menschen, mit denen wir ins Gespräch kommen wollen. Gleichzeitig sind alle anderen Generationen auch angesprochen. Denn die Zukunft unseres Landes ist abhängig von den Chancen für unsere Jugend.

„Die Bürgerversicherung: Sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig“

Montag, 29. August 2005, 19:30 Uhr

Gaststätte Haus Böhmer, Kalker Hauptstrasse 216 (nahe SPD-Bürgerbüro), Köln-Kalk

Mit

Martin Dörmann, MdB

und

Prof. Karl Lauterbach

Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomie an der Universität Köln.
SPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis Köln-Mülheim/Leverkusen



Prof. Karl Lauterbach

KÖLN

Das Kandidatenteam der KölnSPD



„Vier Köpfe für Köln“

Das Kandidatenteam der KölnSPD zur Bundestagswahl

Prof. Karl Lauterbach, Lale Akgün, Rolf Mützenich und Martin Dörmann wurden von der Wahlkreis-konferenz jeweils mit großer Mehrheit als SPD-Bundestags-kandidaten für die 4 Kölner Wahlkreise aufgestellt.

Wahlkreis	Stadtbezirke	Kandidat/in	Homepage
94 Köln I	Porz, Kalk, nördliche Innenstadt	Martin Dörmann, MdB	www.martin-doermann.de
95 Köln II	Lindenthal, Rodenkirchen, südl. Innenstadt	Lale Akgün, MdB	www.lale-akguen.de
96 Köln III	Chorweiler, Ehrenfeld, Nippes	Rolf Mützenich, MdB	www.rolfmuetzenich.de
102 Köln IV, Leverk.	Köln-Mülheim, Stadt Leverkusen	Karl Lauterbach	www.karllauterbach.de

Franz Müntefering besuchte Kölner Zentrum für Senioren und Behinderte

Der SPD-Fraktions- und Parteivorsitzende **Franz Müntefering** besuchte am 8. August das Zentrum für Senioren und Behinderte der Stadt Köln (SBK) in der Boltenssternstraße. Eingeladen hatten die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Rolf Mützenich**, **Lale Akgün** und **Martin Dörmann** sowie Bundestagskandidat **Karl Lauterbach**.

In einer Rede zu den Senioren und Mitarbeitern lehnte Franz Müntefering die von der Opposition geplante Besteuerung von Feiertags- und Nachtzuschlägen nachdrücklich ab. Zugleich sprach er sich für die Einführung der Bürgerversicherung bei Gesundheit und Pflege aus. Nach der Diskussion machte er einen Rundgang durch die Einrichtung.



„Vertrauen in Deutschland“ - Das Wahlmanifest der SPD

Durch ihr Wahlmanifest "Vertrauen in Deutschland" stellt sich die SPD mit ihrem vernünftigen und soliden Kurs gegen eine Politik der sozialen Kälte von Union und FDP und gegen populistische Illusionen des Bündnisses von PDS und WASG. Die Schwerpunkte des 41 Seiten starken Wahlmanifests sind **bessere Leistungen für Familien**, die **Bürgerversicherung** und ein **Steuerzuschlag für Höchstverdiener**.

In der **Wirtschaftspolitik** setzt die SPD auf einen ausgewogenen Mix von Angebots- und Nachfragepolitik. Die geplante Senkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 19 Prozent sowie die faktische Freistellung des Handwerks und kleinerer Betriebe von der Gewerbesteuer sind mit der Erwartung verbunden, dass die Unternehmen investieren und mehr Beschäftigung schaffen. Als zusätzliche Impulse für den Binnenmarkt einigte sich die Parteispitze unter anderem auf zinsgünstige Kredite für innovative **Mittelständler** sowie auf eine Stärkung der so genannten haushaltsnahen Dienstleistungen.

Wie bereits von Arbeitsminister Wolfgang Clement angekündigt, will die SPD auch die **Regelsätze für das Arbeitslosengeld II** in den neuen Ländern auf das Westniveau von 345 Euro anheben. In klarer Abgrenzung zur Politik von Schwarz-Gelb sind im Wahlmanifest etwa der Erhalt von **Kündigungsschutz**, **Steuerfreiheit für Nacht- und Sonntagsdienste** und die **Ablehnung einer Erhöhung der Mehrwertsteuer** festgeschrieben.

Zu den beschlossenen Punkten gehören auch die Weiterentwicklung des Entsendegesetzes **gegen Lohndumping** durch ausländische Arbeitnehmer sowie ein gesetzlicher **Mindestlohn**, sofern sich Unternehmen und Gewerkschaften nicht auf eine Untergrenze bei der Bezahlung verständigen. Dieser Mindestlohn soll auf jeden Fall höher sein als das Arbeitslosengeld II.

Um Deutschland familienfreundlicher zu machen, will die SPD den **Rechtsanspruch auf Betreuung ausdehnen** auf Kinder ab dem zweiten Lebensjahr. Das bisherige Erziehungsgeld soll in ein **Elterngeld** mit Einkommensersatzfunk-

tion umgewandelt werden, um so die Gleichstellung der Frau zu fördern und insgesamt mehr junge Menschen bei ihrer Entscheidung für Kinder zu unterstützen. Schrittweise soll zudem in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen die Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten umgesetzt werden.

Für ein leistungsfähiges, solidarisches und bezahlbares Gesundheitswesen will die SPD in der nächsten Legislatur die bisherige Kranken- zu einer **Bürgerversicherung** weiterentwickeln, in der gesetzliche und private Krankenversicherung nebeneinander Bestand haben. In die solidarische Finanzierung sollen auch Gutverdienende, Selbständige und Beamte einbezogen werden. Das Prinzip der Bürgerversicherung will die SPD auch bei der Pflegeversicherung anwenden.

Spitzenverdiener werden zukünftig einen **Aufschlag auf die Einkommensteuer** von drei Prozent zahlen. Fällig wird dieser ab einem

Jahreseinkommen von 250 000 Euro bei Ledigen und 500 000 Euro für Verheiratete. Einer Erhöhung der Mehrwertsteuer erteilt die SPD eine klare Absage. Die Lage am Binnenmarkt verbietet solch einen Schritt.

Den dreiprozentigen Zuschlag auf die Einkommensteuer von Höchstverdienenden will die SPD vor allem für **Bildung und Forschung** bereitstellen. Bis 2010 wird Deutschland das europäische Ziel von Investitionen in Höhe von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung erreichen. Denn nichts ist für die Zukunftsperspektiven Deutschlands wichtiger als Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung. Die SPD spricht sich im Bereich Bildung klar gegen Studiengebühren im Erststudium und für den Erhalt des Bafögs.

"Wir schreiben ein Programm fürs Regieren für die nächsten vier Jahre und werden dabei an die erfolgreichen sieben Jahre rot-grüner Koalition anknüpfen", unterstrich Müntefering bei der Vorstellung des Wahlmanifests am 4. Juli in Berlin.



→ Das SPD-Wahlmanifest steht auf unserer Homepage www.martin-doermann.de zum Downloaden

Klare

Unterschiede

10 GRÜNDE FÜR DIE SPD

10 GRÜNDE GEGEN DIE UNION

ZEHN GRÜNDE FÜR DIE SPD	ZEHN GRÜNDE GEGEN DIE UNION
1. WIRTSCHAFT	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Schub für das Handwerk durch Steueranreize 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Mehrwertsteuererhöhung ist Gift für Konjunktur und Beschäftigung
2. ARBEIT	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Arbeitnehmerrechte sichern ■ Chancen für Ältere- und Langzeit-Arbeitslose 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Arbeitnehmerrechte, z. B. Kündigungsschutz und Flächentarif, aushöhlen
3. ZUKUNFTSCHANCEN FÜR JUGENDLICHE	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Arbeit und Ausbildung für alle unter 25 ■ Erststudium bleibt gebührenfrei 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Lohnkürzungen für Auszubildende ■ Studiengebühren
4. GERECHTE STEUERN	
<ul style="list-style-type: none"> ■ 3% mehr Steuern auf höchste Einkommen ■ Steuerfreiheit für Schichtarbeit bleibt 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Mehrwertsteuer rauf, Spitzensteuer runter, ■ Steuervorteile für Arbeitnehmer streichen
5. SOZIALE SICHERHEIT	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Solidarische Bürgerversicherung ■ Gleiches Arbeitslosengeld II in Ost und West 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Unsolidarische Kopfpauschale ■ Niedrigeres Arbeitslosengeld im Osten
6. VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Mehr Betreuung für Unter-Drei-Jährige ■ Elterngeld für Vereinbarkeit Familie/Beruf 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Keine Betreuungsentlastung für die Eltern ■ Kein Konzept für „Familie und Beruf“
7. ENERGIE UND UMWELT	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Es bleibt beim Ausstieg aus der Atomkraft ■ Förderung des Job-Motors neue Energien 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Zurück zur Atomkraft ■ Gefährdung von Jobs bei neuen Energien
8. OFFENE UND LIBERALE GESELLSCHAFT	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Gegen jede Form von Diskriminierung ■ Für ein liberales und tolerantes Deutschland 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Diskriminierung wird nicht aktiv verhindert ■ Bundeswehreinätze im Inneren
9. DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT	
<ul style="list-style-type: none"> ■ Deutschland bleibt Friedensmacht ■ Globalisierung aktiv gestalten 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Offen für außenpolitische Abenteuer ■ Kein Konzept zur Globalisierung
10. KANZLER/IN	
Gerhard Schröder	Angela Merkel



Das Programm der Union - Die falsche Wahl für Deutschland.

CDU und CSU sind als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet. Angela Merkel verkündete: "Ich will Deutschland dienen! Dazu gehört Mut zur Ehrlichkeit" (Bild, 31.05.2005). Auch wurden ein „Programm neuen Typs“ und ein „ganz großer Wurf“ (Der Chef der bayerischen Staatskanzlei Erwin Huber, CSU) angekündigt. Nun haben CDU / CSU ein Programm vorgelegt, das darauf verzichtet, den Bürgerinnen und Bürgern Klarheit über die Vorhaben von Schwarz-Gelb zu verschaffen.

Kanzlerkandidatin Merkel musste einen Teil ihrer großspurigen, am Reißbrett erdachten Reformen wieder einkassieren. Unter dem Druck von Partei und politischer Realität wurde die „Bierdeckel-Steuerreform“ zunächst einmal auf Eis gelegt. Bis kurz vor Toresschluss mussten die Streitigkeiten zwischen CDU und CSU zwischen Merkel und den schwarzen Ministerpräsidenten mühsam beigelegt werden. Gelöst wurden die Konflikte nicht, nur kaschiert. Merkel will „durchregieren“ – wie dies gegen ihre Kritiker Koch, Wulff und Stoiber möglich sein soll, bleibt ihr Geheimnis.

Die Politik der Union ist eine Politik des Misstrauens. Das Programm geht von der falschen Analyse aus, dass Deutschland ein Sanierungsfall ist. Alle Analysen zeigen aber, dass es längst wieder aufwärts geht. Merkels gefälschte Bilanz der Regierungszeit von Rot-Grün ist Schwarzmalerei.

Das Programm von CDU/CSU schwächt die Wirtschaft und ist nicht finanzierbar.

Es waren CDU, CSU und FDP die zu Zeiten der Kohl-Regierung die Mehrwertsteuer drei Mal von 13 auf 16 Prozent erhöht haben. Nun wollen sie eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 18 Prozent. Damit werden vor allem kleine und mittlere Einkommen belastet. Für jeden Euro Nettoeinkommen kann man nun weniger Güter erwerben. Das Problem der zu schwachen Nachfrage in Deutschland wird vergrößert. Rentner, Arbeitslose und Studierende werden in besonderem Maße belastet. Sie profitieren nicht von den versprochenen geringeren Sozialversicherungsbeiträgen.

Trotz dieser Steuererhöhung hat das Programm von CDU / CSU eine riesige Finanzierungslücke. Insgesamt fehlen fast 40 Mrd. €. Viele Forderungen der Union sind zudem gar nicht kalkulierbar, weil sie unkonkret sind (Beispiel: Kombi-Löhne). Die Folgen dieser Politik: Staatliche Leistungen werden gekürzt und die kommenden Generationen müssen für die Schulden aufkommen. Den nötigen Abbau von Subventionen hat die Union bisher im Bundesrat blockiert.

CDU/CSU schaffen mehr Unsicherheit, aber nicht mehr Arbeit

Konkret will die Union eine deutliche Einschränkung der Fördermaßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik wie Qualifizierungsmaßnahmen und Ich-AGs. Die Einschränkung des Kündigungsschutzes in Betrieben mit bis zu 20 Mitarbeitern und grundsätzlich für alle Beschäftigten erst nach zwei Jahren der Beschäftigung gehört ebenso zu ihrem Abbau von Arbeitnehmerrechten wie auch Einschränkung der Tarifautonomie durch gesetzliche Öffnungsklauseln für betriebliche Bündnisse. Gleichzeitig will die Union keine Mindestent-

lohnung im unteren Einkommensbereich. Auch die Ausweitung des Entsendegesetzes zum Schutz vor Lohndumping lehnt sie ab. Stattdessen sollen Steuerzahler staatliche Zuschüsse bei Geringverdienern dauerhaft subventionieren.

Auch will sie eine erhebliche Verschlechterung beim Bezug des Arbeitslosengeldes. Die konkreten Folgen hat sie in ihrem „Pakt für Deutschland“ formuliert: Erst ab zehn Jahren beitragspflichtiger Beschäftigung, bestünde ein Anspruch auf 12 Monate Arbeitslosengeld. Dies benachteiligt vor allem Frauen und Erwerbstätige mit unterbrochenen Erwerbsbiografien.

CDU/CSU glauben, dass so das Problem der Arbeitslosigkeit beseitigt würde. Diese Politik schafft mehr Unsicherheit für die Betroffenen, aber nicht mehr Arbeit. Was die Union freundlich als „Betriebliche Bündnisse für Arbeit“ bezeichnet, bedeutet im Klartext: Die Verhandlungen um Löhne werden in jeden Betrieb geführt. Unternehmen können die Beschäftigten nun gegeneinander ausspielen. Genau das ist aber die Absicht der Union: Sie glauben, dass flächendeckend geringere Löhne förderlich für die Wirtschaft sind.

CDU/CSU schaffen keine Zukunftschancen für Jugendliche.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist es, unser Land auf die Herausforderungen einer Zeit vorzubereiten, in der ein hoher Wohlstand nur durch einen Wissensvorsprung im internationalen Wettbewerb zu halten ist. Viele gut ausgebildete Menschen sind unser Kapital. Und je besser ein Jugendlicher ausgebildet ist, desto größer die persönlichen Zukunftschancen. Die Union verhindert all dies mit einer ideologischen Bildungspolitik. Sie unternimmt nichts für mehr Ausbildungsplätze. Sie will, dass der Zugang zur Hochschule nur noch für diejenigen möglich ist, die es sich leisten können. Geplant sind u.a. die Einführung von Studiengebühren in den Ländern sowie Abschaffung des BAföG (wird im Programmentwurf jedoch verschwiegen). Konkret wird sie dagegen nur in zwei Punkten: „Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach“ und mehr Elitenförderung.

CDU/CSU belasten Normalverdiener und entlasten Besserverdiener.

Die Steuerpolitik der Union ist in hohem Maße ungerecht. Die Entlastungen kommen vor allem den Gut- und Spitzenverdienern zugute. Die Union will den Spitzensteuersatz auf 39% senken. Bezahlen sollen das vor allem die ArbeitnehmerInnen durch Kürzung der Pendlerpauschale (auf 0,25 Euro bis maximal 50 km). Zulagen für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit sollen ebenfalls gestrichen werden. Für diese Zulagen müssen die Krankenschwester und der Busfahrer in Zukunft Steuern und Sozialabgaben zahlen.

CDU/CSU geben das Prinzip der Solidarität im Gesundheitssystem auf. Die soziale Spaltung in Deutschland wird größer.

Unter Gerechtigkeit versteht die Union, dass jeder Arbeitnehmer den gleichen Betrag in die Krankenkasse zahlen soll. Die Kopfpauschale bedeutet im Klartext: jeder muss monat-

lich 109 Euro in die Krankenkasse zahlen. Geringverdiener werden stärker belastet und Spitzenverdiener werden entlastet. Die längst überholte Trennung in Gesetzliche und Private Krankenversicherung bleibt jedoch bestehen. Bei der Pflegeversicherung wollte die Union ursprünglich eine vollständige Kapitaldeckung. Dies versteckt sie nun hinter einer weichen Formulierung „Einführung einer Kapitaldeckung“. Für die Rentenversicherung plant sie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Auch wenn sie die Zahl inzwischen verschweigt: sie will, dass in Zukunft bis zum 67. Lebensjahr gearbeitet werden muss.

CDU/CSU tun nichts für Frauen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die alte CDU ist wieder da. Trotz aller Bekenntnisse zur Modernisierung ihres Frauen- und Familienbildes treibt sie eine konservative Familienpolitik. Familienförderung gibt es nur für diejenigen, die auch in der Lage sind, Steuern zu zahlen. Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat sie nichts im Angebot. So soll die frühkindliche Betreuung wieder alleinige Elternsache sein. Zum weiteren Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und zur Förderung von Ganztagschulen durch den Bund fehlt ebenso eine klare Aussage wie auch zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

CDU/CSU wollen eine „strahlende Zukunft“ mit einem Zurück zur Atomkraft. Sie gefährden Tausende von Arbeitsplätzen im Bereich der erneuerbaren Energien.

Die Union plant die Rücknahme des Atomausstiegs und Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke. Die Lösung der Atommüllfrage bleibt dagegen offen. Gleichzeitig will sie eine deutliche Einschränkung der erfolgreichen Förderung der erneuerbaren Energien. Über 100.000 zukunftsfähige Arbeitsplätze sind gefährdet. Mit der Union wird die Energieversorgung in Deutschland wieder unsicherer. Der mühsam erzielte Kompromiss mit der Energiewirtschaft über das Ende der Atomenergie soll wieder aufgeschnürt werden.

CDU/CSU wollen keine offene und liberale Gesellschaft.

Große Teile der Union stehen nach wie vor für eine miefige Gesellschaft. Die Union hat alle gesellschaftlichen Erneuerungsprojekte (Staatsbürgerschaft, Zuwanderung, eingetragene Lebenspartnerschaften) bekämpft. An dieser Grundhaltung will sie mit ihrer konservativen Innenpolitik ansetzen. So ist sie gegen eine Umsetzung des vorliegenden Antidiskriminierungsgesetzes und damit gegen wichtige Verbesserungen auch für Behinderte und andere Gruppen.

CDU/CSU haben keine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Sie setzen Deutschlands Rolle als Friedensmacht aufs Spiel.

Eine der wichtigsten Antworten auf die Globalisierung ist die Fortsetzung einer gemeinsamen europäischen Politik. Bemerkenswert ist vor allem, was nicht im Programm von CDU / CSU steht: Gänzlich fehlen Bekenntnisse zum europäischen Sozialmodell und Aussagen darüber, wie es in Zeiten der Globalisierung verteidigt und fortentwickelt werden kann. Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung in Europa tauchen nicht auf. Zudem fehlt eine klare Aussage zur Position der Union im Hinblick auf die geplante Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte in Europa vor allem hinsichtlich des umstrittenen Herkunftslandprinzips. Ebenso wie die Position von CDU/CSU zum EU-Beitritt der Türkei, den alle bisherigen Bundesregierungen unterstützt haben, will sie den Ländern, denen die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft eröffnet worden ist, die Chance auf eine solche Mitgliedschaft verweigern. Auch zu Europas Rolle als Friedensmacht trifft das Programm keine Aussage. Die Themen Menschenrechts- und Rüstungskontrollpolitik, Entschuldung der Dritten Welt, Krisenprävention und fairer Welthandel finden bei den Unionsparteien nicht statt.

Die Position der Bundesregierung zum Irak-Krieg wird im Regierungsprogramm als „polemische Beschimpfung“ bezeichnet. Die Entscheidung des Bundeskanzlers, Deutschland nicht in einen völkerrechtswidrigen Krieg zu führen, als „polemische Beschimpfung“ abzutun, ist der Versuch, die eigene Wankelmütigkeit von damals vergessen zu machen.

→ Mehr Informationen befinden sich auch unter:



Blockadebilanz der Union

Merkel steht für Stillstand

Gerne behauptet Frau Merkel in diesen Tagen, Deutschland **grundlegend reformieren** zu wollen. Gleichzeitig hat die Union jedoch in der laufenden Legislaturperiode über ihre Mehrheit im Bundesrat nichts anderes getan, als zentrale Reformvorhaben der Bundesregierung zu blockieren: Zu insgesamt 92 Gesetzen haben die CDU/CSU-geführten Länder seit 2002 den Vermittlungsausschuss angerufen – das waren mehr als ein Viertel aller Gesetze (**26,6%**)! Das zeigt: Die Union hat in den letzten 3 Jahren wichtige Modernisie-

rungsmaßnahmen für Deutschland verzögert und verschleppt:

1. Beispiel Kinderbetreuung

Wir haben mit dem **Tagesbetreuungsausbaugesetz** die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das Betreuungsangebot für die unter Dreijährigen in ganz Deutschland endlich europäisches Niveau erreicht. Bis 2010 soll es 230.000 neue Betreuungsplätze geben! Das ist die zentrale Voraussetzung

für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gute Startchancen für alle Kinder von Anfang an.

Die Union hat dem Gesetz im Bundestag nicht zugestimmt und wollte es im Bundesrat scheitern lassen. Sie hat Familien mit Kindern im Regen stehen lassen. Jetzt ist der Betreuungsausbau eine ihrer familienpolitischen Wahlkampforderungen.

2. Beispiel Eigenheimzulage

Wir wollten die Eigenheimzulage abschaffen und die frei werdenden Mittel zum Teil in **Bildung und Forschung** umlenken. Die Länder und Kommunen hätten fast 30.000 zusätzliche LehrerInnen einstellen können.

Die Union wollte nicht in die Zukunft investieren und lehnte die Abschaffung der Eigenheimzulage im Bundesrat ab.

3. Beispiel Novelle Erneuerbare Energien-Gesetz

Die Förderung der Erneuerbaren Energien in Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte. Regenerative Energiequellen sind zentrale technologische Innovationen, klimapolitisch erforderlich und ein ertragreiches Beschäftigungsfeld der Zukunft mit jetzt bereits 130.000 Arbeitsplätzen. Mit der Novelle des EEG wollten wir Fördertatbestände und Fördersätze den rasanten Veränderungen des Marktes anpassen, um Überförderungen zu vermeiden und neue Anreize in Wachstumsbranchen, vor allem bei Energie aus Biomasse, zu setzen.

Die Union verunsicherte durch Taktieren die ganze Branche, rief den Vermittlungsausschuss an und lehnte dessen Ergebnis im Bundestag ab.

4. Beispiel Lohndumping

Wir wollen mit der **Ausweitung des Arbeitnehmerentwengesetzes** auf alle Branchen den Tarifparteien ermöglichen, tarifliche Mindestlöhne festzulegen, an die sich dann alle in- und ausländischen Arbeitgeber halten müssen. Wer in Deutschland arbeitet, soll anständig bezahlt werden.

Die Union hat, der Ausweitung des Arbeitnehmerentwengesetzes nicht zugestimmt. Noch in diesem Frühjahr hatten sich Unionspolitiker mit empörten Forderungen überboten, als die skandalösen Praktiken in der Fleischwirtschaft publik

wurden. Mit dieser Politik begünstigt die Union Lohndumping und damit die Vernichtung von Arbeitsplätzen in Deutschland.

5. Beispiel Spitzenforschung

Wir wollen Forschung und Innovation fördern. Deshalb haben wir ein Paket auf den Weg gebracht, das die Spitze wie auch die Breite der Forschung an Hochschulen finanziell stärker fördert. Denn Deutschland soll wieder ein erstklassiger Forschungsstandort in Europa werden.

Die Union hat diesen Vorschlag mehr als ein Jahr lang blockiert. Erst jetzt hat sie dem Paket zugestimmt und den Weg frei gemacht – ohne dass sich am Gesetz substantiell etwas geändert hat.

6. Beispiel Änderung GmbH-Gesetz

Wir wollen das Mindesteinlagekapital für die Gründung einer GmbH von bisher 25.000 Euro auf 10.000 Euro reduzieren. Damit wollen wir die Gründung von Unternehmen erleichtern und Existenzgründern helfen.

Die Union hat diesen Vorschlag jüngst blockiert. Das zeigt: Sie vertritt nicht die Interessen des Mittelstands und schadet damit bewusst der deutschen Wirtschaft.

7. Beispiel Abbau von Steuervergünstigungen

Wir haben angesichts der Defizite in den öffentlichen Haushalten ein Paket zum Abbau von Subventionen vorgelegt. Mit diesem Paket wollten wir die Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern gewährleisten.

Die Union hat im Bundesrat blockiert. Mit dem Ergebnis, dass fast alle Länder verfassungswidrige Haushalte haben, also handlungsunfähig geworden sind. Die Blockadepolitik der Union beim Subventionsabbau hat bislang zu Minder-einnahmen der öffentlichen Kassen von jährlich 17 Milliarden Euro geführt.

Wenn Frau Merkel jetzt sagt, sie wolle „dem Land dienen“, verhöhnt sie dieses Land und seine Menschen. Sie verwechselt - in bekannter Tradition der Union - Parteiinteressen mit Gemeinwohl! Sie steht für Stillstand und Blockade.

Union plant Erhöhung der Mehrwertsteuer

Gift für Binnenkonjunktur und Beschäftigung - Nein zur Mehrwertsteuererhöhung!

CDU/CSU wollen die Mehrwertsteuer um mindestens 2 % erhöhen, um damit angeblich die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu senken. Das bedeutet aber, dass 53% aller privaten Haushalte in Deutschland mit 35,5 Millionen Menschen, die nicht in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, ohne Ausgleich schlechter gestellt werden. Konkret betrifft dies:

- 21,8 Millionen Rentner,
- 1,4 Millionen Pensionäre und Versorgungsempfänger,
- 1,8 Millionen Beamte,
- 4,7 Millionen Arbeitslose,
- 2 Millionen Studenten - 3,8 Millionen Selbstständige.

Sie alle haben dann faktisch 2 % weniger Geld beim Einkaufen.



Auch alle Arbeitnehmer stehen schlechter da: Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollen angeblich zwar um 2 % sinken, aber die Ersparnis des Arbeitnehmeranteils beträgt nur 1 %. Das heißt, sie haben 1 % weniger Geld zur Verfügung. Familien sowie kleine und mittlere Einkommen sind besonders betroffen. Sie müssen den Großteil ihres Einkommens für den Konsum verwenden. Für ihr Geld bekommen sie nun weniger Güter, denn die werden teurer. So muss z.B. eine vierköpfige Familie mit Mehrausgaben von mindestens 20 bis 60 Euro im Monat rechnen. Auch Mietern drohen höhere Mieten: So hatten Michael Klos (CSU) und Michael Meister (CDU) den ermäßigten Steuersatz von Lebensmitteln und die Steuerfreiheit von Mieten in Frage gestellt. Das bedeutet, dass Mieter künftig eine höhere Miete zahlen müssten. (z.B. bei einer Durchschnitts-Miete von 500 Euro rund 90 bis 100 Euro mehr im Monat).



Die Erhöhung der Mehrwertsteuer führt aber nicht nur zu einer stärkeren Belastung vieler Bürgerinnen und Bürger, sie schadet gleichzeitig auch der Konjunktur. Denn alle Bürger haben durch eine Mehrwertsteuererhöhung weniger in der Tasche. Das bedeutet: Sie können weniger konsumieren. Angesichts einer ohnehin zu geringen Binnennachfrage ist dies Gift für unsere Konjunktur.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer gefährdet Arbeitsplätze:

Die Leistungen des Handwerks würden sich verteuern. Das schreckt potenzielle Auftraggeber ab. Viele Betriebe wären in ihrer Existenz bedroht. Der Einzelhandel wäre ebenfalls unter massivem Druck. Durch den Rückgang des Konsums würden die Einzelhändler schwer getroffen. Zusätzlich befördert die Erhöhung der Mehrwertsteuer - und somit die Verteuerung von Leistungen - die Schwarzarbeit. Diese konnten wir gerade erst unter großem Einsatz erstmals wieder reduzieren.

Spitzenverdiener werden entlastet

Entlastet werden aber die rd. 1,2 Millionen Spitzenverdiener, deren Steuersatz von 42 % auf 39 % sinkt. So schafft man kein Wachstum, sondern man verteilt um von unten nach oben. Um die Senkung des Spitzensteuersatzes zu finanzieren will die CDU/CSU die Entfernungspauschale kürzen

Zum Wahlprogramm der FDP

FDP läutet das Ende des Sozialstaats ein

Das "Deutschlandprogramm 2005" der FDP enthält keine Überraschungen, auch sozialpolitisch nicht. Schon der Verweis auf eine freiwillige Solidarität in einem liberalen Sozialstaat entlarvt die FDP-Überlegungen als die altbekannte Klientelpolitik. Wer angesichts der Herausforderungen auf die Verwirklichung individueller "Glücksmodelle" hofft, ist

und die Steuerfreiheit der Zuschläge für Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit abschaffen. Das bedeutet für 30,3 Millionen Berufspendler und 9 Millionen Schichtarbeiter keine Entlastung sondern eine Belastung. Ihre Kaufkraft sinkt ebenfalls.

Ehrlichkeit wehrt am längsten?

Auch der **CDU-Generalsekretär Volker Kauder weiß, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer schädlich ist.** Das hat er noch am 18. Mai diesen Jahres öffentlich erklärt: „Eine Steuererhöhung wäre Gift für die Konjunktur, deswegen kann eine Steuererhöhung nicht in Frage kommen. Dieses gilt für jede Steuer, damit auch für die Mehrwertsteuer.“ **Und auch Frau Merkel hatte im letzten Jahr noch ganz andere Pläne:** „Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer steht für uns nicht zur Debatte. Im Gegenteil: Wir wollen viel mehr den Neuanfang im Steuerrecht mit einer umfangreichen tief greifenden Steuervereinfachung, damit das Steuerrecht für den Bürger überschaubar und damit verständlich wird.“ (WamS,08.02.04)

Unionsanhänger gegen Mehrwertsteuer

Die gesellschaftliche Akzeptanz für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist gering. Dies hat eine Untersuchung ergeben, die der SPD-Parteivorstand bei TNS Infratest Sozialforschung in Auftrag gegeben hat.

71% der Wahlberechtigten haben Angst davor, dass sie sich bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 18% weniger leisten können. Am größten ist die Angst bei Arbeitslosen (89%). 36% der Arbeitslosen glauben sogar, dass sie sich sehr viel weniger leisten können. Besonders groß sind die Befürchtungen auch bei Arbeitern (89%), Menschen mit einem geringen Einkommen unter 1.500 € (80%), im Osten (82%) und bei den Jüngeren unter 29 Jahren (78%). **Selbst 59% der CDU-Anhänger glauben, dass eine Mehrwertsteuererhöhung sich für sie persönlich negativ auswirkt.** Daran, dass sie persönlich von der im Programm der Union angekündigten Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung profitieren, glauben 76% der Befragten nicht. Rentner (82%) und Ostdeutsche (83%) sind besonders skeptisch. Auch drei Viertel der CDU-Anhänger (72%) erwarten persönlich keine Vorteile durch die Ankündigung sinkender Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Das Programm der CDU/CSU ist weder verlässlich noch klar, geschweige denn ehrlich. Vielmehr gilt: Die Pläne von CDU/CSU sind Gift für mehr Beschäftigung. Sie belasten einseitig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentner und Pensionäre, Arbeitslose, Studenten und Selbstständige.

nicht regierungsfähig. Es bleibt dabei: Mit diesem Wahlprogramm läutet die FDP das Ende des Sozialstaats ein.

Doch was steht drin? Das marktradikale Anhängsel von CDU/CSU will die Arbeitnehmerrechte drastisch abbauen. Längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich und die Absen-

kung des Lohnniveaus werden kommen. Die liberale Einkommenssteuerreform hat klare Folgen: Spitzenverdienern geht es besser. Sonntags-, Nacht- und Feiertagszuschläge werden besteuert.

Neue Arbeitsplätze will die FDP durch "mehr Wettbewerb" schaffen: „Mehr Markt – weniger Staat“ verspricht sie. Was das heißt? **Weg mit dem Flächentarifvertrag. Weg mit den Gewerkschaften. Weg mit der Abschaffung der Bundesagentur für Arbeit** – und damit wichtigen Qualifizierungsmaßnahmen und Förderprogrammen wie den erfolgreichen Ich-AGs.

Die **Abschaffung der Agentur für Arbeit** und die gleichzeitige Auszahlung der Arbeitgeberbeiträge an die Arbeitnehmer bedeutet die Verlagerung des Arbeitslosigkeitsrisikos allein auf die Arbeitnehmer. Die angebliche Freiheit wählbarer Versicherungstarife wird es insbesondere bei den unteren Einkommen aufgrund des ökonomischen Drucks zu massiver Unterversicherung und damit zu einem weitaus höheren Armutsrisiko führen. Diese Freiheit ist so viel wert wie die Freiheit, unter Brücken zu schlafen.

Ähnliches gilt auch für die Absicherung des **Krankheitsrisikos**. Geht es nach der FDP, soll sich der Beitrag zur Krankenversicherung künftig nicht mehr am Einkommen orientieren. Die Beitragshöhe soll sich nach der Leistung richten, die jede und jeder Einzelne absichern möchte, ähnlich wie schon heute in der privaten Krankenversicherung. Verpflichtend soll nur noch die Absicherung eines so genannten Mindestumfangs an Leistungen sein. Das heißt im Klartext: Wer über ein geringeres Einkommen verfügt, wird sich so künftig nur noch einen geringeren Krankenversicherungsschutz leisten können und bei Krankheit einen entsprechend geringeren Leistungsanspruch haben. Der soziale Ausgleich, der über das Bürgergeld erfolgen soll, beschränkt sich auf die nicht näher konkretisierte Mindestabsicherung und wird dieser Bezeichnung nicht gerecht. Wie genau der Ausgleich funktionieren soll, bleibt überdies unklar. Die Bürger hätten so die Möglichkeit, durch private Vorsorge Versorgungslücken zu schließen. Versorgungslücken, die die FDP erst schaffen will.

Seit über 25 Jahren geistert das Bürgergeld durch FDP-Programme, ohne über Finanzen auch nur das geringste auszusagen. Joachim Mitschke, einer der Väter des Bürgergeld-Gedankens, hat Mitte der 90er Jahre Kosten von bis zu 200 Milliarden Euro für ein Bürgergeld-System erwähnt. Ein System über einen solchen Zeitraum weiter zu verfolgen, ohne die Kosten noch die Leistungen konkret darstellen zu können - das muss schon eine Art Zwangsvorstellung sein.

Auch in der **Pflegeversicherung** verabschiedet sich die FDP vom einkommensbezogenen Beitrag. Auch hier soll der soziale Ausgleich über das Bürgergeld gestaltet werden. Auch hier ist vollkommen unklar, wie genau.

Auch bei der **Rentenversicherung** setzt die FDP auf Privatisierung. Rentenkürzungen in den nächsten Jahren um min-

destens 15 Prozent wären die Folge. Die Senkung des Beitrages auf 19 Prozent würde allein für 2006 eine Rentenkürzung von über zwei Prozent notwendig machen. Die sofortige Einführung der frauendiskriminierenden abschlagfreien Rente nach 45 Beitragsjahren würde mit einer weiteren Rentenkürzung von mindestens ein Prozent für alle Rentner erkaufte werden müssen. Der Rückbau der Rentenversicherung zur so genannten "Basissicherung" heißt also erhöhtes Armutsrisiko für unzählige Rentnerinnen und Rentner - beginnend bereits im nächsten Jahr.

Hinzu kommt, dass für die Rentner auch die Grundsicherung abgeschafft werden soll. Genauso wie die Sozialhilfe, das Wohngeld, das Arbeitsbsengeld II sowie das BAföG.

Das **FDP-Einfachsteuermodell führt zu massiven Steuer ausfällen von 25 Milliarden Euro**. Zur Frage, wie dies finanziert werden soll, belässt es die FDP bei Eingriffen in steuerliche Regelungen für Arbeitnehmer (Besteuerung von Sonntags-, Nacht- und Feiertagszuschlägen) oder bei unrealistischen Hoffnungen für Einsparungen. Fehlanzeige bei Vorschlägen zum Abbau von steuerlicher Vergünstigungen für Selbstständige und Unternehmen: Die FDP betreibt wie immer Klientelpolitik für die Besserverdienenden. Steuer-senkungen für Spitzenverdiener sollen durch höhere Besteuerung von Arbeitnehmern bezahlt werden.

Zur unsozialen Schieflage passt auch die Absicht der FDP, die **Gewerbsteuer** abzuschaffen. Damit werden die Kommunalfinanzen gefährdet, da die Gewerbesteuer die zuverlässige und stetige Haupteinnahmequelle der Kommunen ist. Der notwendige Ausgleich der wegfallenden Einnahmen der Gewerbesteuer führt auch zu Belastungen der Bürgerinnen und Bürger.

Der von der FDP vorgeschlagene **Stufentarif führt zu keiner wirklichen Steuervereinfachung**. Die Flat-tax trägt die FDP wie eine Monstranz vor sich her. Aber eine Steuervereinfachung, die bei der Bemessungsgrundlage und beim Besteuerungsverfahren ansetzen muss, erreicht man damit nicht.

Die FDP-Forderungen sind nicht nachvollziehbar, nicht finanzierbar und nicht sozial gerecht. Sie bedeuten die Abschaffung des Sozialstaats.

Was die FDP im Grunde will, ist, in ihrer bekannten Ellbogenmanier, den Einzelnen seinem Schicksal zu überlassen. Die Gemeinschaft, vor allem die Besserverdienenden, soll hingegen aus der sozialen Verantwortung entlassen werden. Dabei werden bewusst oder billigend die Verarmung und die gesundheitliche Schädigung der Schwachen in Kauf genommen.

Die FDP ist das marktradikale Anhängsel von CDU/CSU. 16 Jahre lang hat die FDP es in der Regierung Kohl versäumt, dringend notwendige Reformen anzupacken. Sie hat sich in die Büsche geschlagen. Und jetzt fordert die FDP: „Mehr Mut“. Das ist eine Farce.

Die Bürgerversicherung: gerecht und solidarisch!

Für die Menschen in Deutschland ist die Gesundheitsversorgung ein wichtiges Gut. Sie wollen medizinische Leistungen auf hohem qualitativem Niveau. Sie wollen, dass ihre hart verdienten Beiträge effizient und wirtschaftlich verwendet werden. Und sie wollen, dass das Gesundheitssystem solidarisch und gerecht ist. Mit der Gesundheitsreform haben wir die gesetzliche Krankenversicherung zukunftsfähig gemacht. Jetzt gilt es, die langfristige Finanzierung unseres Gesundheitswesens zu sichern. Der medizinische Fortschritt und der veränderte Altersaufbau der Gesellschaft erfordern nicht weniger, sondern mehr Solidarität, aus der sich niemand ab einer bestimmten Einkommensgrenze verabschieden darf.

Mit den Eckpunkten für eine Bürgerversicherung, die auch in das Wahlmanifest der SPD Eingang gefunden haben, setzen wir unsere Gesundheitspolitik konsequent fort.

Auch in Zukunft stellen wir mit der Bürgerversicherung die Weichen für eine solidarische Finanzierung. Die alleinige Belastung der Erwerbseinkommen ist nicht zukunftsfähig. Die Bedeutung der Kapitaleinkommen wird wachsen. Sie müssen ihren Beitrag leisten. Das ist gerecht, schafft Stabilität und senkt die Lohnnebenkosten.

Solidarität auf neuer Basis

Wir wollen die Solidarität stärken. Gesunde sorgen für Kranke, Alleinstehende für Familien. Wer gut verdient, trägt dazu bei, dass auch Menschen mit geringem Einkommen die beste medizinische Versorgung bekommen. Denn Krankheit ist ein Lebensrisiko, das jeden treffen und das niemand alleine schultern kann. Solidarische Absicherung ist deshalb wichtig für alle. Auch mit dem Einbezug anderer Einkünfte, wie Einkünfte aus Kapitalvermögen, aus gewerblicher und selbstständiger Tätigkeit stärken wir die Solidarität. Bisher wird das Gesundheitswesen über Löhne und Gehälter finanziert, die alleine die Last nicht mehr tragen können. Zukünftig werden Einkünfte wie Zinsen und Dividenden an Bedeutung gewinnen. Erwerbseinkommen und Kapitaleinkommen finanzieren zusammen die Bürgerversicherung. Denn zwei Säulen können mehr tragen als eine. So reagieren wir auf die demographische Entwicklung. Positiv dabei für alle ist: die Beitragssätze werden spürbar sinken. Damit entlasten wir Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Solidarität bedeutet aber auch, dass sie bezahlbar bleiben muss. Dafür sorgt die Bürgerversicherung, denn sie schafft mehr Effizienz durch Wettbewerb: den Wettbewerb um Qualität, den Wettbewerb um die besten medizinischen Angebote und die günstigsten Beiträge.

Durch unsere Bürgerversicherung werden all diejenigen, die kleine und mittlere Einkommen beziehen, profitieren. Sie werden spürbar entlastet. Stärker belastet sollen nur diejenigen werden, die über hohe Kapitaleinkommen verfügen.

Was ist die Bürgerversicherung? Unsere Eckpunkte:

- Die Bürgerversicherung versichert alle Bürgerinnen und Bürger. Die Versicherungspflichtgrenze wird aufgehoben.

- Gesetzliche Krankenkassen bieten Bürgerversicherung an. Private Krankenversicherungen können Bürgerversicherung zu gleichen Wettbewerbsbedingungen anbieten. Alle Bürgerversicherungstarife werden in den Risikostrukturausgleich einbezogen.
- **Der Bürgerversicherungstarif umfasst folgende Mindestanforderungen:**
- **Einkommensbezogene Beiträge:** Jeder zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit aus Erwerbs- und Kapitaleinkommen seine Beiträge. Lohnbezogene Beiträge werden auch weiterhin paritätisch finanziert. Neu ist, dass jede Versicherung – ob gesetzliche oder privat jeden ohne Gesundheitsprüfung aufnehmen muss.
- **Gesetzlicher Leistungskatalog:** alles medizinisch Notwendige ist versichert: zu 100% und in bester Qualität.
- **Sachleistungsprinzip:** Patientinnen und Patienten erhalten die Leistungen unmittelbar und müssen nicht voraus zahlen.
- Die Bürgerinnen und Bürger können ihre Kasse frei wählen. Wer gesetzlich versichert ist, kann künftig zwischen den Bürgerversicherungsangeboten der gesetzlichen und der privaten Kassen wählen. Wer bereits einen privaten Versicherungsvertrag nach altem Muster hat, kann diesen behalten oder in ein Bürgerversicherungsangebot seiner Wahl wechseln. Wer neu krankenversichert wird, geht sofort in die Bürgerversicherung. Dabei wird nicht vorgeschrieben, ob das gesetzliche oder das private Bürgerversicherungsangebot gewählt wird.
- In der Bürgerversicherung sind Familienmitglieder ohne eigenes Einkommen und Kinder beitragsfrei mitversichert.



Vorteile für Arbeitgeber und den Arbeitsmarkt

In der Bürgerversicherung bleibt es bei der paritätischen Finanzierung der Beiträge aus abhängiger Beschäftigung. Die Beibehaltung des Arbeitgeberbeitrags ist wichtig, denn nur so haben auch die Unternehmen und ihre Verbände ein unmittelbares Interesse, dass das Gesundheitssystem wirtschaftlich ist.

Die Einführung der 2. Beitragssäule entlastet die Einkommen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Sie entlastet zudem die Lohnkosten für die Arbeitgeber. Die Lohnnebenkosten lassen sich mit den vorgestellten Modellen deutlich absenken. Das bringt Impulse für den Arbeitsmarkt.

Kopfpauschale und Vollprivatisierung: der falsche Weg!

Wir sind überzeugt, dass die Bürgerversicherung zu mehr Gerechtigkeit, mehr Wahlfreiheit und mehr Wettbewerb im

Gesundheitssystem führen wird - erst Recht gegenüber anderen Vorstellungen der Opposition wie die Kopfpauschale der CDU oder die Vollprivatisierung der FDP. Allen Ansätzen, die auf einkommens-unabhängige Beiträge abzielen (Kopfpauschalen) erteilen wir deshalb eine klare Absage. Wir sorgen für einen echten Leistungs- und Qualitätswettbewerb zwischen der Gesetzlichen und der Privaten Krankenversicherung.

→ Mehr Informationen zur solidarischen Bürgerversicherung sind abrufbar unter:

<http://buergerversicherung.spd.de/servlet/PB/menu/1038839/index.html>

→ Bericht der Projektgruppe Bürgerversicherung des SPD-Parteivorstandes (pdf, 749,5 Kb) im Internet zum Downloaden unter:

<http://buergerversicherung.spd.de/servlet/PB/menu/1038895/index.html>

Zukunft Familie – ohne die Union

Mit der SPD sind Familien auch weiterhin auf der Überholspur.

Vorwärts nimmer, rückwärts immer - so lautet ganz offensichtlich das familienpolitische Wahlkampfmotto von CDU/CSU. Unter der Überschrift "Chancen für Deutschland" führt die Union Familien in eine Sackgasse. Das Wahlprogramm von CDU/CSU beschert den Familien keine Chancen, sondern erhebliche steuerliche Mehrbelastungen und einen familienpolitischen Kurs von vorgestern.

Im Wahlprogramm von CDU/CSU finden sich keine Antworten auf die wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen, vor denen wir heute stehen. Das Thema Familie ist wieder weit weg gerückt von den wirtschaftlichen Zukunftsthemen. Mit ihrer einseitigen Festlegung auf einen steuerlichen Freibetrag als hauptsächliches Instrument der Familienförderung ist es der Union nicht gelungen, zeitgemäße, geschweige denn zukunftsfähige Vorstellungen von Familie und elterlicher Partnerschaft zu entwickeln oder wenigstens zu akzeptieren. Zu stark sind immer noch die konservativen Traditionen und Rollenbilder.

Das zentrale finanzielle Versprechen der Union an die Familien - 8.000 Euro Freibetrag für jedes Familienmitglied - ist in mehrfacher Hinsicht eine Mogelpackung: Die neuen Freibeträge soll es erst ab 2007 geben, die höhere Mehrwertsteuer aber schon ab 2006 - im ersten Jahr zahlen also insbesondere die Familien drauf. Darüber hinaus sind die höheren Freibeträge nicht finanziert und kämen vor allem den Spitzenverdienern zugute. Eine Familie mit zwei Kindern zahlt - unter Berücksichtigung des Kindergelds - bis zu einem Bruttoeinkommen von 37.500 Euro schon jetzt gar keine Einkommensteuer mehr. Von den höheren Freibeträgen hat diese Familie überhaupt nichts.

Zudem enthalten die Pläne von CDU/CSU eine Finanzierungslücke von 40 Milliarden Euro - pro Jahr. Diese Milli-

arden muss sich Frau Merkel irgendwo besorgen: bspw. durch Kürzung des Erziehungsgelds, des Bafögs, des Wohngeldes usw. Auch dazu sagt die Union nichts.

Die SPD dagegen hat den Ausbau der Kinderbetreuung sichtbar vorangebracht. Wir haben mit dem am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretenen Tagesbetreuungsausbaugesetz den Startschuss für den Ausbau von 230.000 zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige gegeben. In der nächsten Legislaturperiode werden wir daran nahtlos anknüpfen. Denn 2008 wollen wir den Rechtsanspruch auf einen Ganztags-Kindergartenplatz für Kinder ab zwei Jahren gesetzlich regeln. Gleichzeitig tritt die SPD für die Einrichtung von Eltern-Kind-Zentren ein, um Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe zu helfen und Kinder früh zu fördern.

Parallel dazu werden wir das bisherige Erziehungsgeld in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion umwandeln. Zusammen mit den besseren Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige helfen wir damit insbesondere allein Erziehenden. Mit diesem Mix werden wir für viele von ihnen ein Abrutschen in die Grundsicherung für Arbeitssuchende vermeiden. Alle Familien werden mit mehr Kinderbetreuungsplätzen, mehr Ganztagschulen und einem Elterngeld nach skandinavischem Vorbild Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können.

Wir wollen, dass Deutschland familienfreundlicher wird. Gute Kinderbetreuung, Zeit für Kinder und Familie, effiziente Geldleistungen für Familienpolitik, Unterstützung der Kinderwünsche der Mehrheit junger Menschen - das ist unsere Familienpolitik.

→ Mehr Informationen zum Elterngeld finden Sie im Internet unter:

<http://kampagne.spd.de/servlet/PB/menu/1054593/index.html>

Mit CDU und FDP in eine „strahlende“ Zukunft

Dass die Unionsparteien und noch mehr die FDP rückwärts gewandte Parteien sind, zeigt sich insbesondere an der Umwelt- und Energiepolitik. Dennoch versuchen sie jetzt in Wahlkampfzeiten ihr Mäntelchen in den Wind zu hängen. Ihre Politik heißt wie so oft: Täuschen und sich um die eigene Vergangenheit herumdrücken. Doch die Blockierer von gestern können nicht die Motoren für Morgen sein. Unbestritten steht die Energieversorgung an einem Scheidepunkt, denn vor dem Hintergrund der nachholenden Industrialisierung großer Teile der Welt, der Verknappung der Ressourcen und den ökologischen Gefahren darf es keine Verlängerung der traditionellen Versorgungswirtschaft geben. Die Zukunft muss auf den drei Säulen Einsparen, Effizienzsteigerung und Erneuerbare Energien aufbauen. Auf diesen Zukunftsfeldern bietet die Union nichts.

Die frühere Umweltministerin Angela Merkel hat sich von ihrer eigenen Vergangenheit, die in Umweltfragen nie besonders ausgeprägt war, völlig verabschiedet. Sie will die Laufzeit von Kernkraftwerke verlängern und dadurch einer Renuklearisierung den Boden bereiten. Damit blockiert sie mit den Erneuerbaren Energien eines der wichtigsten Zukunftsfelder. Effizienzsteigerung und Energie einsparen kommen in ihren Programmvorstellungen gar nicht vor.

CDU/CSU und FDP haben nicht erkannt, dass die ökologische Modernisierung ein Motor für Innovationen und Zukunftstechnologien ist. Sie haben in den letzten sieben Jahren nur blockiert und versucht, den notwendigen Schritt in eine neue Energieversorgung, zu verhindern wo immer es geht. Dabei hat sich in der Zwischenzeit trotz dieses Widerstandes die Solarbranche in Deutschland zu einer führenden Industrie in der Welt entwickelt. Bei der Bioenergie loben insbesondere die Landwirte die von Rot-Grün eingeleitete Strategie. Und bei der Erneuerung des Kraftwerkparcs eröffnet sich mit der rot-grünen Energiepolitik ein Milliardenprogramm für neue Technologien und damit für mehr Beschäftigung und neue Märkte. In all diesen Fragen versagen die Oppositionsparteien. Wenn sie sich jetzt hinstellen als hätten sie zum Beispiel bei den Erneuerbaren Energien stets mitgemacht, so ist dies eine glatte Täuschung. Sie waren, wenn es darauf ankommt, stets auf der anderen Seite, auf der Seite der Blockierer, der Bedenkenräger und der Lobbyisten. Sie waren und sie sind keine Parteien mit der sich eine Zukunft in unserem Land bauen lässt.

In Deutschland hat Rot-Grün die Weichen für eine Energiepolitik gestellt, die im 21. Jahrhundert notwendig ist: Im Zentrum müssen einerseits das Vermeiden unnötigen Energieverbrauchs stehen und andererseits Innovationen in Richtung auf eine Solarwirtschaft. Die Atomenergie ist nicht nur wegen der bekannten Risiken eines nicht auszuschließenden GAUs und der ungelösten Sicherung abgebrannter Uranstäbe keine vertretbare Energieform, sie ist auch nicht in der Lage, die Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Denn:

- Bei einer stärkeren Nutzung der Atomkraft - so wie das die Befürworter der Nuklearisierung der Welt wollen - reichen die bekannten Uranreserven rund 25 Jahre. Die Konsequenz wäre die hochriskante Brutertechnologie.

- Der Wirkungsgrad eines AKW liegt bei einer Energieumwandlung in Strom von rund 30 Prozent. Damit ist die Atomkraft die verschwenderischste Energieform, die es gibt. Völlig ungeeignet, nachhaltigen Kriterien zu entsprechen.
- Das Risiko des militärischen Missbrauchs steigt. Es können zahlreiche Fälle wie Iran oder Nordkorea entstehen.

Unter diesen Gesichtspunkten ist der Atomausstieg Deutschlands nicht nur im nationalen Interesse, er ist auch von hoher globaler Bedeutung. Wir stellen die Weichen für eine Energieversorgung der Zukunft. Es geht nicht um einen Austausch von Energieträgern, sondern um eine prinzipielle Vermeidungsstrategie von unnötigem Energieverbrauch. Das wird mit der Idee virtueller Kraftwerke, die intelligent und effizient unterschiedliche Energieformen bedarfsgerecht miteinander vernetzen, möglich.

Die Opposition hängt mit ihren Forderungen nach einer Neubelebung der Atomenergie einem alten Denken an. Sie will den Rückfall in die Energiephilosophie des 19. Jahrhunderts, die in einer Welt der nachholenden Industrialisierung und des anhaltenden Bevölkerungswachstums völlig ungeeignet ist. Und auch national würde sie nur Unfrieden und Konflikte schaffen. In der Energiepolitik zeigen CDU/CSU und FDP, aber auch viele Vertreter der Wirtschaft, ihre ganze Unfähigkeit zu Innovationen. Altes Denken ist nicht zukunftsfähig.

Mit der SPD wird es eine solche Entwicklung nicht geben. Wir setzen den Atomausstieg unbeirrt fort. Die erneuerbaren Energien werden weiter ihren Aufschwung nehmen und Energieeffizienz sowie Kraft-Wärme-Kopplung weiter gefördert werden. Eine solche moderne Energiepolitik wird es mit Union und FDP nicht geben. Beide Parteien sind orientierungslos, da sie rückwärts schauen und nicht in die Zukunft. Aber Deutschland, Europa und die Welt brauchen eine Energiewende.

Wir stehen heute an einer fundamentalen Weichenstellung: Entweder wir schaffen die Wende hin zu einer effizienten und solaren Versorgung oder die Verlängerung der heutigen Verschwendungswirtschaft führt in eine unfriedliche Zukunft mit harten Verteilungskonflikten. Die Zukunft gehört den ökologischen Produkten und Märkten. Wer hier die Nase vorn hat, liegt auch ökonomisch wichtig. Deshalb muss dem Dinosaurierdenken, das eine Rückkehr in die Atomkraft fordert und damit die Energiewende verhindert, die rote Karte gezeigt werden. Der Klimaschutz braucht die Effizienzrevolution und Erneuerbaren Energien, nicht die Ideologie des letzten Jahrhunderts.

Langfristig kann es eine friedliche und nachhaltige Entwicklung weltweit nur ohne Atomkraft geben. Deutschland hat diesen Weg mit dem eingeleiteten Atomausstieg aufgezeigt. Wir Sozialdemokraten wollen diesen Weg weitergehen. Deutschland muss ihn weiter gehen.

Starke Frauen - Positive Bilanz der sozialdemokratischen Ministerinnen

Wichtige Erfolge und Vorhaben für die soziale, ökonomische und ökologische Erneuerung unseres Landes gehen auf Initiativen der Bundesministerinnen Edelgard Bulmahn, Renate Schmidt, Ulla Schmidt, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Brigitte Zypries, Renate Künast und Kulturstatsministerin Christina Weiss zurück.

Die Ministerinnen haben am 15. Juli auf einer gemeinsamen Pressekonferenz betont, dass der Stillstand der 80er und 90er Jahre in vielen Bereichen überwunden worden sei. „Die soziale, ökonomische und ökologische Erneuerung des Landes trägt auch die Handschrift der Frauen, die die Hälfte des Bundeskabinetts stellen“, erklärten die Politikerinnen, die eine positive Bilanz von sieben Jahren Rot-Grün zogen. Als ihr zentrales Anliegen nannten sie es, im Zuge der Reformen den Zusammenhalt der Gesellschaft zu wahren. Auch in der Frauenpolitik sei Deutschland unter Rot-Grün weitergekommen. Sozialministerin Ulla Schmidt betonte: „Der Bundeskanzler hat in sieben Jahren mehr für die Frauenförderung im Land getan als alle Regierungen vorher.“

Warnung vor Angela Merkel

Familienministerin Renate Schmidt wies allerdings in Anspielung auf die Unionskanzlerkandidatin Angela Merkel darauf hin, dass „Frausein alleine kein Qualitätsmerkmal ist“. Für die Ministerinnen macht Angela Merkel keine Politik für Frauen. „Von der Union haben Frauen und Familien nichts zu erwarten“, warnte Renate Schmidt. Die Union habe den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht im Blick. So würden Frauen und Familien mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Einführung einer Gesundheitsprämie zusätzlich belastet. Schmidt kritisierte auch Planungen der Union, das Familienressort dem Finanzministerium zuzuschlagen.

Eckpunkte der Reformpolitik sind eine nachhaltige Familienpolitik, ein solidarisches und bezahlbares Solidarsystem, mehr Chancengleichheit bei der Bildung, ein starker Verbraucherschutz, die Gleichstellung von Homosexuellen und eine gute Kulturpolitik als Ergänzung zur schulischen Bildung.

Beispiele Familienpolitik, Bildung und Gleichstellungspolitik

Die Bundesregierung hat bei der Familienpolitik einen Politikwechsel eingeleitet. Deutschland soll bis 2015 europaweit ein Vorbild für Familienfreundlichkeit werden. Wichtige Schritte sind bereits getan: Der Ausbau der Kinderbetreuung kommt voran. Immer mehr Unternehmen werden familienfreundlich, Familien erhalten zielgenaue finanzielle Leistungen. Bundesministerin Renate Schmidt: „Familien bedeuten Zusammenhalt und Zukunft der Gesellschaft. Wir wollen alles dafür tun, damit das so bleibt.“

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn erklärte: „Die wichtigste Zukunftsvorsorge für unser Land ist eine gut ausgebildete junge Generation. Nachdem in den 90er Jahren unter der CDU-Regierung der Haushalt für Bildung und Forschung radikal und rigoros um fast 700 Millionen Euro gekürzt worden ist, hat die rot-grüne Bundesregierung hier einen klaren Schwerpunkt gesetzt. Wir

haben die Investitionen um fast 40 Prozent, also um fast drei Milliarden Euro erhöht. Wir können unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit nur sichern, wenn unsere Menschen zu den bestausgebildeten der Welt gehören. Dafür müssen die Bildungschancen jedes einzelnen erhöht und so die Arbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft werden.“



Die Ministerinnen Ulla Schmidt, Kulturstatsministerin Christina Weiss, Brigitte Zypries, Renate Schmidt, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Edelgard Bulmahn

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul

wies darauf hin, dass unter Kohl die deutsche Entwicklungspolitik keine Rolle spielte: „Die deutschen Entwicklungsleistungen waren von der Regierung Kohl als Steinbruch benutzt worden. Gemessen am Bruttonationaleinkommen sanken sie von 0,47 Prozent 1982 auf nur noch 0,26 Prozent 1998. Es gab keine international vereinbarte, breite Entschuldungsinitiative. Wir haben die Entwicklungspolitik seit 1998 konsequent modernisiert und auf die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung ausgerichtet. Heute gibt es einen konkreten Zeitplan, wie Deutschland das 0,7-Prozent-Ziel der Vereinten Nationen erreichen und so seinen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele leisten wird. Seit 1998 hat es - mit unserer Unterstützung - zwei große multilaterale Entschuldungsinitiativen gegeben, die die ärmsten, hoch verschuldeten Entwicklungsländer insgesamt um mehr als 100 Mrd. Euro entlasten, wobei sie strikt an die Armutsbekämpfung gekoppelt sind. Bei CDU/CSU und FDP würde die Entwicklungspolitik wieder ein Nischendasein führen. Sie stehen nicht zu den internationalen Zusagen. Sie wollen die Globalisierung nicht gestalten, sondern unterwerfen sich dem Marktradikalismus. Aber in einer globalen Welt brauchen wir gemeinsame soziale und ökologische Regeln. Das hilft den Menschen in den Entwicklungsländern und wirkt auch bei uns Lohn- und Sozialdumping entgegen.“

Die Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries betonte, dass die Bundesregierung viel für die Gleichstellung von Schwulen und Lesben getan hat. Vor allem das Lebenspartnerschaftsgesetz von 2001 ist ein großer Erfolg für eine offene und moderne Gesellschaft. In diesem Jahr haben wir weitere Verbesserungen für homosexuelle Paare umgesetzt. So ist eine Stiefkindadoption heute möglich, und in der gesetzlichen Hinterbliebenenversorgung gelten nun die gleichen Regeln wie für verheiratete Paare. Wenn Lebenspartner die gleichen Pflichten wie Ehepartner treffen, müssen sie schließlich auch die gleichen Rechte haben. Das soll für alle Lebensbereiche gelten - beispielsweise auch in der Beamtenversorgung und im Steuerrecht. Deshalb werden wir auch weiterhin für die Rechte homosexueller Paare kämpfen.“

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Unter den Linden 50

Tel. 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48; eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiter: Stefan Stader (Büroleiter), Chloé Aublin und Michael Stamm

Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044
Mitarbeiter: Ingo Jureck
eMail:
martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302
Mitarbeiter: Ralf Steinmeier
(Webmaster Homepage)
eMail: spd@ralfstone.de

Büro der Kölner SPD- Bundestagsabgeordneten

Albertusstraße 40-46
50667 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 925981-17
Fax 0221 / 925981-50
Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach
eMail:
renate.dinkelbach.nrw@spd.de



IMPRESSUM · BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin •

Redaktion: Martin Dörmann (verantwortlich), Chloé Aublin, Michael Stamm

Die reguläre Ausgabe der Berlin Depesche erscheint mindestens 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **eMail-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie **Themen-Sonderausgaben** finden sich auf der Homepage:
www.martin-doermann.de.

